

MÜHLENKREIS

KURIER

zwischen Weser und Spree



Liebe Leserinnen und Leser,

pünktlich zum Beginn der Sommerferien hat die Bundesregierung nach wochenlangem Streit endlich ihren Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 vorgelegt. Dabei spart die Bundesregierung häufig an der falschen Stelle wodurch wichtige Impulse ausbleiben.

Zudem hat das Bundesverfassungsgericht kürzlich zum Ampel-Wahlrecht entschieden. Teile des Wahlrechts sind dabei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Auch die Wirtschaftslage in Deutschland macht vielen Menschen in unserem Land große Sorgen.

Diese und weitere aktuelle Themen lesen Sie in dieser Ausgabe meines Mühlenkreis-Kuriers.

Ihr Oliver Vogt

Das Bundesverfassungsgericht erklärt das Ampel-Wahlrecht für teilweise verfassungswidrig

Das Bundesverfassungsgericht hat das neue Wahlrecht der Ampel für teilweise verfassungswidrig erklärt. Besonders kritisiert wurde der Plan, die Grundmandatsklausel abzuschaffen, um CSU und Linke aus dem Parlament zu drängen. Dieser Versuch widerspricht dem Grundgesetz.

Allerdings erlaubt das Gericht den Eingriff, Direktmandate nur dann zu vergeben, wenn sie vom Zweitstimmenergebnis gedeckt sind. Dies benachteiligt vor allem den ländlichen Raum, wo häufig Unionskandidaten gewählt werden, die dann möglicherweise nicht im Bundestag sitzen.

Laut Hochrechnungen von election.de wären 31 direkt gewählte Abgeordnete betroffen, darunter 22 von CDU und CSU, der Rest bei Linke und AfD – die Ampelparteien bleiben unberührt.

Es wird bei kommenden Wahlen also der klare Grundsatz gelten: Wer einen Kandidaten im Deutschen Bundestag sehen möchte, muss beide Stimmen der CDU geben. Strategisches Wählen oder Zweitstimmekampagnen, wie sie die FDP immer wieder gerne in den Raum gestellt hat, darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Auch bei uns im Mühlenkreis muss der Fokus nun auf dem Direktmandat liegen, damit wir auch weiterhin eine starke Stimme in Berlin haben werden.

Der Grundsatz, Wahlrechtsänderungen im breiten parlamentarischen Konsens zu beschließen, wurde von der Ampel mit Verabschiedung dieses Gesetzes aufgekündigt.

Dies gefährdet die Demokratie, wenn Wahlrechtsreformen nur zum Vorteil einzelner Parteien durchgeführt werden könnten.

Entlastungen für unsere Landwirte sind unzureichend

Nach der Streichung der Agrardieselvergütung, die unsere Bauernfamilien jährlich mit 450 Millionen Euro belastet, hat die Ampel im Januar der Landwirtschaft ein Maßnahmenpaket für versprochen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, um die Ampel an dieses Versprechen zu erinnern und sofortige Entlastungen für die Landwirte zu fordern. Die Ampel brachte nun einen Kompromiss in den Bundestag ein. Dieser umfasst unter anderem die Tarifglättung, die die Union 2014 eingeführt hatte und die die Ampel 2022 auslaufen ließ.



Insgesamt ist das angekündigte Maßnahmenpaket der Ampel unzureichend. Es wirkt eher wie eine Postkarte statt eines umfassenden Pakets. Die Kürzungen der Ampel aufgrund ihrer Haushaltspolitik treffen besonders Landwirte und den ländlichen Raum, Gruppen, die selten SPD und Grüne wählen.

Zusätzlich kürzt die Ampel im Entwurf des Bundeshaushalts 2025 bei landwirtschaftlichen Innovationen.

Gewalttat von Bad Oeynhausen Thema im Bundestag

Auf meine Mitinitiative hin hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema „Gewalttäter aus Parallelgesellschaften - Ursachen und Konsequenzen der Tat von Bad Oeynhausen“ auf die Tagesordnung gesetzt.

Es war richtig, dass wir dieses wichtige Thema platzieren konnten und dass unser Vorsitzender Friedrich Merz sich persönlich dem Sachverhalt angenommen hat. In seiner Rede betonte er den politischen Handlungsbedarf, insbesondere bei der Strafverfolgung von Jugendlichen, der Anwendung des Erwachsenenstrafrechts und der Notwendigkeit, Integrationsanstrengungen zu verstärken sowie Migration zu steuern.

Gemeinsam mit dem Bürgermeister von Bad Oeynhausen, Lars Bökenkröger, habe ich die Debatte von der Tribüne verfolgt.



Der tragische Tod von Philippos hat uns tief getroffen. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie. Als CDU/CSU haben wir heute Lehren aus dieser Tat gezogen und konkrete Forderungen an die Bundesregierung gestellt.



Besuch bei Syngenta in Bad Salzuflen

Kürzlich hatte ich die Gelegenheit, den Hauptstandort der Syngenta Seeds GmbH in Bad Salzuflen zu besichtigen und einen interessanten Einblick in die Pflanzenzucht vor Ort zu erhalten.

Es ist beeindruckend zu sehen, wie unsere Pflanzenzuchtunternehmen wie Syngenta unsere Landwirte darin unterstützen, mit neuen Sorten den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen und zugleich Biodiversität und Effizienz zu vereinbaren und damit den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln einzusparen.

Unsere Landwirte brauchen aber alle Werkzeuge, die wir in diesem Bereich zur Verfügung haben. Insbesondere die neuen genomischen Techniken wie Crispr/Cas können hier zu einer deutlichen Beschleunigung des Züchtungsprozesses beitragen.

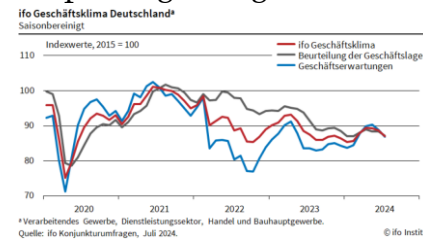
Es wird Zeit, dass die Bundesregierung hier endlich ihre Blockadehaltung aufgibt und eine Neubewertung dieser Methoden in der EU ermöglicht, um unsere Bauernfamilien und unsere Pflanzenzüchter in ihrer Arbeit wirksam zu unterstützen.

Alarmierende Wirtschaftslage: Wann handelt die Bundesregierung endlich?

Wie die kürzlich veröffentlichte aktuelle Entwicklung des Ifo-Indexes zeigt, ist die deutsche Wirtschaft weiter auf Talfahrt. Mit einem unerwarteten Rückgang von 88,5 auf 87,3 Punkte verfestigt sich die Wirtschaftskrise. Diese Entwicklung dürfen wir nicht ignorieren.

Laut einer Studie des IMD World Competitive Center ist Deutschland in der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit dramatisch abgestürzt – von Platz 15 auf Platz 22. Besonders beunruhigend ist, dass die Ampel-Regierung für diesen Niedergang verantwortlich gemacht wird.

Wir erleben eine Phase, in der Unsicherheit und Planlosigkeit dominieren. Das Vertrauen der Unternehmer schwindet, Investitionen bleiben aus, und Arbeitsplätze sind in Gefahr. Diese Entwicklung sehen wir auch im massiven Abbau von Arbeitsplätzen. Diese Zeichen sollten ein Weckruf für die Ampel-Regierung sein.



Es ist unverantwortlich, wie die Bundesregierung untätig bleibt, während unsere Wirtschaft immer tiefer in die Krise schlittert.

Anstatt Lösungen zu präsentieren, verlieren wir kostbare Zeit mit politischen Spielereien. Die Studie zeigt klar: Die fehlende wirtschaftspolitische Strategie und die schleppende Umsetzung notwendiger Reformen belasten den Standort Deutschland massiv.

Deutschland braucht dringend einen Masterplan Wirtschaft. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern sofortige, durchdachte Maßnahmen, um das Vertrauen in den Standort Deutschland wiederherzustellen und die Weichen für eine stabile und erfolgreiche Zukunft zu stellen

Bundeshaushalt 2025: Was steht im Entwurf?

Verteidigung:

Statt der geforderten Aufstockung um 7 Milliarden Euro wurden nur 1,7 Milliarden Euro vorgesehen. Diese Sparpolitik ist unverantwortlich und gefährdet unsere nationale Sicherheit sowie die unserer NATO-Partner. Anstelle einer echten Zeitenwende gibt es nicht einmal einen angemessenen Inflationsausgleich. Trotz Rekordsteuereinnahmen priorisiert die Ampel falsch, indem sie Mittel in Sozialprogramme wie das Bürgergeld oder die Kindergrundsicherung investiert, anstatt die Verteidigungsfähigkeit zu stärken.

Landwirtschaft:

Während Bundesminister Özdemir im Zuge der allgemeinen Unzufriedenheit unserer Landwirte keine Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz vorsieht, streicht er im Innovationsbereich:

Insgesamt 16 Mio. € sollen in den Bereichen Forschung, Innovationen und Digitalisierung eingespart werden.

Damit setzt Bundesminister Özdemir den Rotstift an der komplett falschen Stelle an.

Arbeit und Soziales:

Den größten Zuwachs soll Bundesminister Heil erhalten: 3,6 Milliarden Euro mehr im Vergleich zu 2024.

Womit begründet die Ampel diesen Zuwachs? Mit steigenden Sozialleistungen. Bereits in diesem Jahr braucht die Ampel hierfür mehr Geld und wird einen Nachtragshaushalt erlassen.

Der drastische Zuwachs bei den Sozialleistungen zeigt wieder einmal: Wir haben in unserem Land kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem.

Grundschüler beeindrucken Politiker

Im Rahmen der bundesweiten Aktion „MINT-machtage“, die früher besser als „Tag der kleinen Forscher“ bekannt waren, habe ich kürzlich die Grundschule Eldagsen in Petershagen besucht. Die „MINTmachtag“ stehen jedes Jahr unter einem neuen Motto und zeigen uns, dass Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik für die Allgemeinbildung allgegenwärtig sind. Alexandra Morhoff und Katja Vodegel von der Grundschule Eldagsen haben mich durch die Einrichtung geführt, in der zahlreiche Stationen aufgebaut waren, die mich zur aktiven Teilnahme einluden.



Gerade in der heutigen Zeit, in der das Tablet immer früher Einzug in unser Leben hält, finde ich es sehr wichtig, sich bereits im jungen Alter mit naturwissenschaftlichen Themen zu beschäftigen. Und das geschieht hier an der Grundschule in Eldagsen in vorbildlicher Weise.

Mein Praktikumstag bei RILA

Vor kurzem habe ich einen spannenden Tag bei Rila Feinkost-Import verbracht. Das Familienunternehmen punktet mit hoher Automatisierung und fortschrittlicher Logistik.

Geschäftsführer Bernd Richter und das Team haben mich durch die verschiedenen Stationen - von der Warenannahme bis zur Packstation - geführt und mir das Unternehmen nähergebracht.

Besonders beeindruckt hat mich die Zusammenarbeit zwischen Mensch und KI. Trotz fortschreitender Automatisierung sollten wir die menschliche Arbeitskraft aber auch in Zukunft nicht vernachlässigen und weiterhin wertschätzen. Solche Praktikumstage sind für meine politische Arbeit unerlässlich, um den Kontakt zur Basis zu halten. Für mich war es ein lehrreicher Tag mit wertvollen Einblicken in moderne Logistikprozesse.



„Wir machen, worauf es ankommt“

Es erfüllt mich mit Freude und Dankbarkeit, dass mein Heimatstadtverband, die CDU Espelkamp, mich bei der letzten Stadtverbandsversammlung als Kandidaten um das Direktmandat bei uns im Mühlenkreis für die kommende Bundestagswahl vorgeschlagen hat.



Die aktuelle wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik zeigt deutlich, dass es einen politischen Kurswechsel in unserem Land braucht. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Scholz ist zutiefst zerstritten und verpasst die Chance, richtige Anreize zu setzen, um unserer Wirtschaft wieder zu mehr Wachstum zu verhelfen. Dieses Wachstum möchte ich im kommenden Deutschen Bundestag aktiv mitgestalten und dabei dem Mühlenkreis eine starke Stimme im politischen Berlin geben.

Bürgersprechstunden:

- Petershagen
 - 06.08. 16 Uhr
- Porta Westfalica
 - 04.09. 16 Uhr
- Lübbecke
 - 02.10. 16 Uhr

Nähere Infos gibt es auf meiner Homepage.